An

**Bildungsausschuss des Landes Schleswig-Holstein**

 Kiel, 27.09.2019

**S T E L L U N G N A H M E**

**Anhörungsentwurf für die OAPVO**

Die Landesschülervertretung der Gymnasien setzt sich für eine generelle Oberstufenreform ein, betrachtet den Anhörungsentwurf zur neuen OAPVO aber äußerst kritisch und sieht neben einigen wenigen positiven Veränderungen und Chancen sehr viel Verbesserungsbedarf in der angedachten Reform der Jamaika-Koalition.

Einen der größten Vorteile sehen wir in den geplanten Veränderungen bezüglich der Niveaudifferenzierung der Kernfächer, welche den Schülerinnen und Schülern sowohl mehr Wahl- und Vertiefungsmöglichkeiten innerhalb der Fächer als auch eine bessere Vergleichbarkeit der Abschlüsse garantiert. Die schrittweise Fokussierung der Lernenden in ihren Profilen sowie die damit einhergehenden späteren Wahlzeitpunkte während der Oberstufe ermöglichen eine individuelle Weiterentwicklung und eröffnen eine Möglichkeit, Kompetenzen durch Lehrkräfte besser und souveräner zu vermitteln. Vor allem das breite Fächerspektrum zu Beginn der Einführungsphase sowie der gezielte Fächerzuschnitt bis zum Prüfungssemester geben den Schülerinnen und Schülern genügend Raum und Zeit zum eigenständigen und individuellen Lernen.

Jedoch muss hierbei berücksichtigt werden, dass bei den Lernenden auch ein weitergehendes Interesse besteht, welches ggf. nicht durch die Profilwahl gedeckt werden kann. So kann eine Person, welche sich für drei Fremdsprachen interessiert, diese nicht mehr erlernen trotz der Wahl des sprachlichen Profils. Laut Anhörungsentwurf können Schülerinnen und Schüler sofern schulorganisatorisch möglich und bei gegebenen Ressourcen freiwillig zusätzliche Fächer belegen. Für die Landesschülervertretung der Gymnasien ist dies zu unkonkret und wir fordern, dass die Wahlen in der Oberstufe nicht aufgrund fehlender Mittel erfolgen müssen. Wir setzen uns für bedingungslose und freie Wahlmöglichkeiten ein, wobei Individualisierung vor Schwerpunktsetzung gelten soll.

Des Weiteren begrüßen wir wärmstens, die neu eingeführten Seminare zur Berufsorientierung in der Einführungsphase und zur interdisziplinären Profilarbeit. Wir sehen großes Potenzial in der festen Integration der beruflichen Orientierung im Stundenplan, den

verschiedenen Kooperationen mit außerschulischen Institutionen sowie die darauf angepasste Wahl des Kernfachniveaus im Hinblick auf die Identifizierung eigener (beruflicher) Ziele und die individuelle Weiterentwicklung der Lernenden. Jedoch fordern wir weiterhin, dass Berufsorientierung bereits in der Sekundarstufe I als Querschnittsaufgabe von der Schule wahrgenommen wird und somit bereits ab Klassenstufe 8 Kompetenzen von Dritten in den Unterricht integriert werden (siehe Grundsatzprogramm LSV Gym Z. 57-59).

Die Einführung eines Profilseminars befürworten wir sehr, denn durch dieses werden die Studierfähigkeit sowie das eigenständige Arbeiten der Schülerinnen und Schüler maßgeblich gefördert und gefordert. Durch interdisziplinäre Projekte, der generellen Vertiefung von Profilthemen und das Heranführen an wissenschaftliches Arbeiten werden die Lernenden sehr gut auf ihr späteres Ausbildungs- und Studienleben vorbereitet.

Durch die angedachte Oberstufenreform ist vorgesehen, dass den Schulen ein großer freier Gestaltungsraum mit Möglichkeiten zugewiesen wird, mit welchem diese in der Lage sind unter Berücksichtigung individueller Stärken und Schwächen innerschulische Konzepte zu erstellen. Die Landesschülervertretung sieht diesbezüglich kaum innovative Ansätze in der neuen OAPVO, sondern ein Festhalten an alten Strukturen, welche es zu verbessern und nicht weiterzuführen galt.

Aufgrund von Ressourcenknappheit werden nur wenige Schulen von den zur Verfügung stehenden innovativen Möglichkeiten profitieren können. Anstatt an einem Profilseminar in der Qualifikationsseminar teilzunehmen - welches aus unserer Sicht essenzielles und grundlegendes methodisches Lernen für den weiteren Werdegang der Lernenden vermittelt – kann die Schule ein zusätzliches Fach auf grundlegendem Niveau anbieten. Eine Niveaudifferenzierung oder interdisziplinäres Lernen, welches eigentlich beide im Fokus der Reform stehen, sind unserer Meinung so keineswegs gegeben. Lediglich die „Flexible Ressource“ bietet hier der Schule flexiblen und spezifischen Handlungsraum, was die Landesschülervertretung sehr begrüßt.

Aus diesem Grund sehen wir hier die Gefahr, dass Disparitäten in der schulischen Ausbildung entstehen und die angedachte Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben ist. Außerdem besteht Gefahr, dass die individuelle Förderung einiger Lernenden durch fehlende Angebote beeinträchtigt wird. Die Knappheit an materiellen, finanziellen oder personellen Ressourcen darf keineswegs die Bildung und die individuelle Förderung einschränken.

Das Zwei-Wege-System und das Kooperationsmodell von Schulen halten wir für nicht sinnvoll, um den Schülerinnen und Schülern ihre Fächerwahl zu ermöglichen. Diese Möglichkeiten sollten nur im Notfall ihre Verwendung finden und nicht als gewöhnliche Gestaltungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, denn es ist meist schwierig, die unterschiedlichen Rhythmen der verschiedenen Schulen auf einen Nenner zu bringen. Und selbst wenn dies gelingt, stellt das Zwei-Wege-Modell - durch welches Lernende aus grundlegendem und erhöhtem Anforderungsniveau gemeinsam unterrichtet werden - für

Lehrkräfte einen erheblichen Mehraufwand dar und führt zusätzlich zu enormen Problemen bezüglich einer fairen Benotung und Binnendifferenzierung.

Wir benötigen ein Modell, das allen Schulen ermöglicht, einen qualitativ hochwertigen Unterricht zu gestalten und dabei eine möglichst breite Vielfalt an Fächern anzubieten. Die Landesschülervertretung der Gymnasien sieht in einer Oberstufe mit Kurssystem nach dem Vorbild des SchulG 1999 viel Potenzial, Schülerinnen und Schüler besser individuell zu fördern und gleichzeitig ein breites Fächerspektrum zu garantieren, und fordert ihre Wiedereinführung (siehe Grundsatzprogramm LSV Gym Z. 223-226).

Besonders kritisch sehen wir auch die zu treffende Wahl bezüglich einer wegfallenden Gesellschaftswissenschaft zu Beginn der Qualifikationsphase. Diese kann eine Schwächung des Wirtschaft/Politik Unterrichts darstellen, welcher den Schülerinnen und Schülern essenzielle Bestandteile unserer demokratischen Gesellschaft vermitteln sowie Denken und Handeln in dieser anstoßen soll. Da dieses im Regelfall erst ab der achten Klasse oder bei Ausnahmen sogar erst später unterrichtet wird, besteht Gefahr, dass die demokratische Grundbildung in den Schulen darunter leidet.

Die Lernenden werden unserer Meinung nach momentan viel zu wenig an demokratische (Grund-)Strukturen herangeführt und eben diese kaum im Unterricht thematisiert. Über Partizipationsmöglichkeiten und ihre Funktionen wie Schülervertretungen auf schulischer, kommunaler oder Landesebene wissen nur die wenigsten Bescheid. Doch sollen vor allem diese, das Verständnis für ein demokratisches Handeln in unserer Gesellschaft stärken. Dieser Reformvorschlag steht aus unserer Sicht im Gegensatz zu dem bisher angestrebten Kurs der Bildungsministerin und der Landesregierung, welche vor allem ein demokratisches Miteinander im Schulleben fördern möchten und sogar zum Jahr der politischen Bildung ausgerufen haben.

Die Landesschülervertretung der Gymnasien sieht dieses Vorgehen äußerst kritisch und fordert, dass die Vermittlung einer demokratischen Grundbildung während der gesamten Schulzeit eine Querschnittsaufgabe für alle Fächer darstellen soll, wobei dies klar definiert und eingebettet werden muss. Des Weiteren fordern wir einen altersgerechten Unterricht des Fachs Wirtschaft/Politik ab der siebten Klasse (siehe Grundsatzprogramm LSV Gym Z. 108).

Die Einführung eines Informatikprofils halten wir für verfrüht. Zu wenige Schulen besitzen die Möglichkeit, dieses Fach überhaupt zu unterrichten und weitergehend überhaupt ein Profil einzurichten, wobei es dies sowohl materiell als auch personell auszustatten gilt. Anstatt die Ressourcen auf die Einrichtung eines Profils zu verwenden, sollten diese unserer Meinung nach erstmal in die Einrichtung des Faches an weiteren Schulen, die Lehrkräfteausbildung in diesem Fach sowie in die generelle Stärkung des Faches im Schulleben investiert werden.

Dass das Konzept der Abiturprüfungen weitestgehend dasselbe geblieben ist und die Möglichkeit Darstellendes Spiel künftig als mündliches Prüfungsfach zu belegen, sehen wir positiv.

Unserer Meinung nach soll noch mehr berücksichtigt werden, dass, wenn ein Fach gestrichen wird, die Anzahl der für das Abitur einzubringenden Noten in Block I (derzeit 36) reduziert werden muss, um die Leistungsschwankungen der Lernenden in der Oberstufe zu kompensieren. So sollen nicht alle belegten Fächer automatisch auch eingebracht werden und Schülerinnen und Schüler aufgrund ihrer Wahl ggf. nicht mehr oder weniger leisten müssen.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass auch Kernfächer auf erhöhtem Anforderungsniveau zur mündlichen Prüfung zugelassen werden, sofern dies die Prüfungswahl zulässt (siehe Grundsatzprogramm LSV Gym Z. 238).

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Landesschülervertretung der Gymnasien einige gute Reformansätze für die Oberstufe im Anhörungsentwurf sieht, jedoch viele Kritikpunkte und nur wenige Verbesserungen der aktuellen Situation. Wir setzen uns für ein Modell ein, welches allen Schulen dieselben innovativen Möglichkeiten zur Verfügung stellt und anhand von individuellen aber gleichzeitig immer noch vergleichbaren Zielführungen ermöglicht, einen qualitativ hochwertigen Unterricht zu gestalten sowie eine breite Fächervielfalt anzubieten, der auf die Stärken und Schwächen der Lernenden eingeht. In einer Reform muss sichergestellt werden, dass Schulen vergleichbare Ressourcen zur Verfügung stehen, damit diese endlich selbe Standards garantieren können und nicht aufgrund eines Fehlens dieser die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler leiden muss.

Unserer Meinung nach wird dies nicht in dem Anhörungsentwurf der Jamaika-Regierung garantiert und die Landesschülervertretung hofft, dass noch einige Änderungen bis zur Erstellung der endgültigen Fassung erfolgen.